Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Sechsundneunzigster Jahrgang.

Verantwortliche Redakteure:
Für den politischen Theil: C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes: J. Roeckner,
für den übrigen redaktionellen Theil: E. Jubowski,
sämmtlich in Posen.
Verantwortlich für den Inseratentheil: O. Knorre in Posen.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei Gust. Ad. Schleh, Hoflief. Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8, in Gnesen bei S. Chraplewski, in Meseritz bei Ph. Matthias, in Wreschen bei J. Jadesohn u. bei den Inseraten-Annahmestellen von G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse und „Invalidendank".

Nr. 637.

Die „Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Donnerstag, 12. September. 1889.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Amtliches.

Berlin, 11. September. Der Kaiser hat im Namen des Reichs den bisherigen Dolmetscher bei der kaiserlichen Gesandtschaft in Tokio, Krien, zum Konsul in Söul (Korea) ernannt.

Der König hat auf Grund des § 28 des Landesverwaltungsgesetzes vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 195) den Verwaltungsgerichts-Direktor Westphal zu Arnsberg zum Mitgliede des Bezirks-Ausschusses in Stettin und zum Stellvertreter des Regierungs-Präsidenten im Vorsitz dieser Behörde auf Lebenszeit ernannt.

Der König hat dem Landes-Bauinspektor Otto Reinhardt zu Berlin den Charakter als Baurath verliehen.

Dem kommissarischen Kreis-Thierarzt Behr zu Wittlich ist, unter Entbindung von seinen gegenwärtigen Amtsgeschäften, die kommissarische Verwaltung der Kreis-Thierarztstelle des Kreises Merzig übertragen worden.

Dem Lehrer an der Königlichen akademischen Hochschule für die bildenden Künste in Berlin, Maler August von Heyden, ist das Prädikat „Professor" beigelegt worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 12. September.

Die „Magdeburgische Zeitung" erfährt, daß man in unterrichteten Kreisen die Angabe über Vorlegung eines neuen **Wehrgesetzes** oder selbst der Ausarbeitung eines solchen als eine völlig haltlose Vermuthung bezeichnet; es sei davon auch nicht entfernt die Rede gewesen.

In dem jetzt veröffentlichten Geschäftsberichte der Vereinigten Königs- und Laurahütte (vergl. das gestrige Mittagblatt der „Posener Ztg.") findet sich folgender Satz: „Voraussichtlich wird unter den schlesischen Kohlengruben eine Verständigung wegen Behandlung des Kohlenverkaufsgeschäftes stattfinden, weil die bisherige Handhabung desselben die Interessen der Gruben wenig förderte, und weil man hoffen darf, bei einem Zusammenhalten der Gruben dem Kohlengeschäft mehr Stetigkeit zu geben und den zumeist ganz unmotivirten Preisrückgängen vorzubeugen." Es scheint, als ob in diesen Worten die Bildung eines neuen Kohlenringes angekündigt werde, ein Ereigniß, welches die öffentliche Beurtheilung gerade in einem Augenblicke herausfordert, in welchem mit dem Treiben von Preiskoalitionen die abschreckendsten Erfahrungen gemacht worden sind und die Kohlenpreise ohnehin eine empfindliche Steigerung aufweisen. Die künstliche Vertheuerung nothwendiger Bedarfsartikel beginnt mehr und mehr einen öffentlichen Nothstand herbeizuführen und zu einem öffentlichen Aergernisse zu werden. Die Kohle ist heute ein unentbehrliches Bedürfniß nahezu aller gewerblichen Kreise, insbesondere auch des Staates als Eisenbahnfrachtherrn und Schiffseigners. Mehr und mehr verdrängt die Kohle auch im bürgerlichen Haushalte andere Heizmaterialien. Wenn der Reichskanzler anläßlich des westfälischen Ausstandes die Nothwendigkeit betonte, die Konsumenten gegen plötzliche Kohlennoth zu schutzen, so gilt diese Forderung in nicht geringerem Maße für die künstliche Vertheuerung, welche in ihrer Wirkung der Kohlennoth nahe kommen kann. Daß die Besitzer von Kohlengruben Preisrückgänge „zumeist ganz unmotivirt" finden, ist begreiflich. Finden sie doch ebenso unmotivirt auch das Verlangen der Arbeiter nach Lohnaufbesserungen und Herabsetzung der Arbeitszeit. Gar nicht unmotivirt erscheinen ihnen dagegen fürstliche Gehälter und geradezu ungeheuerliche Tantièmen der Grubendirektoren und ein Kursstand der Aktien, der den Nennwerth weit übersteigt. Daß gerade das Kohlengeschäft am wenigsten über eine Nothlage zu klagen hat, ist bei den Erörterungen über die jüngsten Ausstände genugsam festgestellt worden. In einzelnen Blättern ist vor Kurzem der Gedanke einer Verstaatlichung der Kohlengruben aufgetaucht. Die freisinnige Partei hat diesen Plan als wirthschaftlich ungesund und politisch schädlich bekämpft. Indessen kann man sich der Erkenntniß nicht verschließen, daß die Idee der Verstaatlichung um so mehr Boden gewinnen muß, je rücksichtsloser die Grubenbesitzer ihre vereinte Macht ausbeuten, um die Konsumenten zu vergewaltigen. Soll einmal, so bemerkt die „Voss. Ztg." angesichts dessen, durch einen willkürlichen Eingriff in die natürliche Entwickelung der Preise der Käufer besteuert werden, so wird sich die Mehrheit schließlich dafür entscheiden, daß der Gewinn aus dieser zweifelhaften Machenschaft der Gesammtheit, nicht aber einer Handvoll von Grubenleitern, Aktionären und Spekulanten zufalle. Der Kohlenring besteuert nicht nur jeden einzelnen Konsumenten, sondern als solchen auch den Staat und damit die Steuerzahler. Kupferring, Zuckerring, Kaffeetreibereien und ähnliche Vorgänge haben die Aufmerksamkeit sattsam auf den Mißbrauch der Gewalt des Großkapitals und der Großindustrie gelenkt. Es ist ein Maß in den Dingen und auf die Dauer wird das deutsche Volk und die öffentliche Moral den Preiskoalitionen nicht mehr die bisherige Gleichgiltigkeit entgegenbringen. Die Konsumenten werden genöthigt werden, durch alle zuläßigen Mittel den Versuch einer neuen Besteuerung zu Gunsten der Grubenbesitzer entschlossen und wirksam abzuweisen.

Der czechische Reichstagsabgeordnete Professor Zucker hat vor einer Volksversammlung in Choteborz, welcher auch Rieger beiwohnte, eine Rede gehalten, die ein merkwürdiges Licht auf die innere österreichische Politik wirft. Nachdem Zucker zunächst betont hatte, daß auch die Czechen das deutsch-österreichische Bündniß als eine politische Nothwendigkeit anerkennen, fuhr er wörtlich fort: „Die fortwährenden Verdächtigungen, als ob wir zu Rußland hinüberneigten, sind nichts anderes als ein Versuch, die Nothwendigkeit eines Systemwechsels zu beweisen, aber ich glaube durchaus nicht, daß die Sorge um die Sicherheit des Bündnisses die Rückkehr zur sogenannten deutschen Politik zur Folge haben müßte. Die bisherige Entwickelung der Dinge deutet nicht auf die Richtigkeit einer solchen Annahme hin; gerade im Jahre 1879, als das Bündniß zwischen Oesterreich und Deutschland geschlossen wurde, hielt man es in Oesterreich für zweckmäßig, eine andere Richtung einzuschlagen, und bisher ist das Gerücht nicht dementirt worden, daß der Eintritt der Böhmen in den Reichsrath dem Verbündeten in Gastein mit besonderem Wohlgefallen angekündet wurde. Ich meine deshalb daß, sofern die Rücksicht auf das Bündniß auf die innere Politik einwirkt, der Erfolg dessen kein derartiger ist und sein wird, wie es sich die Herren von der Linken vorstellen." Danach hätte also der Abschluß des Bündnisses mit Deutschland den Systemwechsel in Oesterreich herbeigeführt. Man scheint also in den Wiener Regierungskreisen der Ansicht gewesen zu sein, daß Oesterreich aufhören müsse, ein deutscher Staat zu sein, wenn es mit Deutschland in eine dauernde Allianz treten wolle. Die Angst vor der Aufsaugung eines deutschen Oesterreichs durch das Deutsche Reich ist mithin der bestimmende Faktor in der neuesten österreichischen Politik des Innern gewesen. Rieger, der doch in alle Geheimnisse des Ministeriums Taaffe eingeweiht ist, wußte die Ausführungen seines Kollegen denn auch in keinem Worte zu korrigiren. Die Deutschen dürften demnach gut thun, auf einen Umschwung der Dinge in Oesterreich nicht mehr zu hoffen.

Wie das Listenskrutinium in Frankreich durch die Arrondissementswahlen ersetzt wurde, um den Boulangismus bei den Wahlen zu bekämpfen, diente das von den französischen Kammern beschlossene Gesetz über die Beseitigung der mehrfachen Kandidaturen demselben Zwecke. Es galt eben, eine plebiszitäre Bewegung zu Gunsten des Zukunftsdiktators zu verhindern. Auch wurden Bestimmungen über die Anmeldung einer Kandidatur beim Präfekten getroffen. Da nun Boulanger, Rochefort und Dillon in Folge des gegen sie gefällten Kontumazialurtheils nicht in der Lage sind, ihre bürgerlichen Rechte in vollem Maße auszuüben, scheitert zunächst der Versuch, ihre Kandidatur durch Dritte beim Seine-Präfekten anmelden zu lassen. Der General und sein „Lieutenant" Rochefort versuchten nun, ihre Kandidatur auf anderem Wege anzumelden, ohne jedoch einen günstigeren Erfolg zu erzielen. Wie uns gestern ein Telegramm meldete, ist die durch einen Gerichtsvollzieher auf der Seine-Präfektur überreichte Erklärung der Kandidaturen Boulangers und Rocheforts von der Präfektur zurückgewiesen worden.

Im französischen Wahlkampfe hat jetzt auch René Goblet sein Sprüchlein gesagt, und zwar in einer Wahlrede in Amiens, in dessen erstem Bezirke er wieder kandidirt. Der mehrfache Exminister steht auf der Grenze zwischen Opportunismus und Radikalismus, und da er es mit keiner Seite ganz verderben möchte, so führt er die merkwürdigsten Sprünge aus und schillert in den verschiedensten Farben. So auch in seiner neuesten Rede, in welcher er zunächst erklärte, daß die Unzufriedenheit mit der alten Kammer und in Folge dessen auch mit der Republik und dem Parlamentarismus durchaus nicht auf Mängeln in den Verfassungstexten beruhe, sondern „fast ausschließlich von der Spaltung der Parteien und der Abwesenheit einer Majorität herrührt, die fähig wäre, einem Ministerium Beständigkeit zu geben und das Votum von Reform- und Fortschrittsgesetzen zu sichern". Das ist gewiß richtig. Die Spaltung der Parteien und die Abwesenheit einer Regierungsmajorität ist aber nicht die Schuld der Verfassung, und eine Aenderung der letzteren würde sicher die Republikaner weder klüger noch einiger und fester machen. Das Uebel sitzt also bei den Menschen, bei den Deputirten und den Wählern, woraus zu schließen ist, daß die Reform bei den Menschen beginnen muß; die Einen müssen aufgeklärt, die Anderen besser disziplinirt werden. Dazu gehört auch, daß man trennende Fragen bei Seite schiebt und sich nur an diejenigen hält, über die eine Einigung leicht zu erzielen ist. Das ist aber nicht die Logik Goblets, denn im zweiten Theile seiner Rede verlangt er kurz und einfach: die Revision der Verfassung. Also weil der Sitz des Uebels nicht die Verfassung ist, darum muß man die Verfassung revidiren. Der „Temps" knüpft an diese Gobletsche Musterleistung folgende Betrachtung:

Man frage Herrn Goblet, ob die Republikaner wenigstens einig sind über die Ziele der Revision oder ob es mindestens den Anschein hat, daß sie sich verstehen. Er wird ohne Zweifel antworten, daß die Gnade der Revision in geheimnißvoller Weise wirksam ist. Man frage ihn über das Revisionsprogramm der Herren Millerand und Anatole de la Forge, die bekanntlich den Senat und die Präsidentschaft der Republik abschaffen und eine Konstituante berufen wollen. Er wird vielleicht antworten, das seien Verrückte, die nichts davon verständen. Es giebt nur eine gute Revision, das kleine, unschädliche Revisiönchen der Herren Floquet und Goblet. Geben wir das einmal zu. Dann wird man uns aber sagen müssen wie man diejenigen zu bekehren gedenkt, die keine Revision oder die eine andere wollen. Wer wie der Redner von Amiens eine Regierungsmajorität sucht, für den muß dieser Punkt die Hauptsache sein. Aber gerade darüber redet er kein Wort. Vielleicht bildet er sich ein, daß das Ding von selber gehe. In der That ein seltsames Verhalten! Es giebt wahrhaftig praktische Fragen und Reformen genug, über welche die Republikaner sich verständigen und eine reformirende, fortschrittliche Regierungsmajorität bilden könnten, aber alle diese Fragen stößt man mit einem Fußtritt bei Seite und wirft unter die Republikaner als Wahllosungswort gerade die Revision, über die sie am tiefsten gespalten sind. Und sie spaltet und schwächt nicht blos die Republikaner, sondern sie arbeitet auch den Monarchisten in die Hände. Wenn diese von Revision reden und nur die Revision wollen, so ist das ganz natürlich; aber wenn die Radikalen, die für das Wohl der Republik besorgt sind, mit ihnen das nämliche Losungswort rufen und sich unter die nämliche Fahne stellen, so geht das über unseren Horizont. Die gegenwärtige Verfassung, sagen sie, ist unvollkommen. Wir leugnen es nicht; alle Dinge dieser Welt, und die politischen Verfassungen vielleicht mehr noch als alles Uebrige, sind unvollkommen. Aber so, wie sie ist, hat die Verfassung in diesem Lande mit monarchischer Tradition die Republik eingeführt und Wurzel schlagen lassen; durch sie ist die Republik aus einer abstrakten Theorie zu einer thatsächlichen Regierung geworden. Die Verfassung ist der einzige Rechtstitel der Republik; in ihr ist der republikanische Thatbestand verkörpert, repräsentirt sich der ganzen Welt, vertheidigt sich und rechtfertigt sich. Wenn ihr die Verfassung zerreißt, was thut ihr Anderes, als daß ihr euch auf revolutionären Boden stellt und der Republik Alles raubt, was sie seit neunzehn Jahren der Monarchie abgerungen hat? Ihr wendet ein, ihr werdet nicht für die monarchistische Revision stimmen, sondern ihr wollt nur eine republikanische Revision. Aber so antwortet uns doch auf die Frage: Was werdet ihr thun, wenn in der nächsten Kammer die revisionistischen Cäsarianer, Bonapartisten und Royalisten die Mehrheit haben? Was werdet ihr gegen die triumphirende Koalition thun? Ihr werdet ohne Zweifel die Revisionsidee aufgeben, ihr werdet in eben dieser Verfassung, die ihr jetzt bekämpft, euch verschanzen, um dort eine Belagerung auszuhalten und die Angriffe der Feinde der Republik zurückzuweisen. Was ihr dann aus Patriotismus thun würdet, warum thut ihr es denn nicht heute schon? Besteht die reaktionäre Koalition nicht heute schon vor dem allgemeinen Stimmrecht, und ist sie nicht eine bedrohliche? Muß man nicht um jeden Preis ihren Sieg verhindern? Ihr sagt die Republik könne unmöglich zu Grunde gehen. Wir glauben es mit euch, aber unter einer Voraussetzung: daß die Republikaner nicht selbst unbewußt oder sonstwie sie verrathen und ihre festeste Burg dem Feinde ausliefern. Das thun aber die Radikalen, wenn sie uns, gemeinsam mit der Reaktion, die Revision als Wahlparole aufzwingen wollen.

Man kann die republikanischen Revisionisten nicht besser heimschicken, als es hier geschehen ist. An Goblet ist freilich jede Belehrung verloren, denn der Eigensinn dieses französischen „Staatsmannes" ist noch immer größer gewesen als seine Einsicht.

In **Serbien** drohen die Parteigegensätze anläßlich der bevorstehenden Ankunft der Königin-Mutter Natalie in alter Schärfe auf einander zu platzen; eine Privatdepesche des „B. T." aus Belgrad berichtet darüber:

Königin Natalie wird bei der Oberstenwittwe Butschewitsch absteigen und von der Regierung nicht als offizielle Persönlichkeit behandelt werden. Exkönig Milan soll gedroht haben, falls Natalie im Konak Aufenthalt nehmen werde, nach Belgrad zu kommen und den König Alexander mitzunehmen, wozu er verfassungsmäßig berechtigt sei. Die Belgrader Bürgerschaft wird Natalie Ovationen bereiten.

Milan wird schwerlich Gelegenheit haben, seine Drohung auszuführen, denn Natalie hat gar nicht nöthig, herausfordernd aufzutreten. In Briefen an ihre Belgrader Freundinnen hat sie die Absicht ausgesprochen, den Konak nicht zu betreten. Als schlichte Frau, von dem Glanz einer Märtyrerin umgeben, der verboten ist, in dem ihr gebührenden königlichen Palast zu wohnen, ist sie der Sympathien der serbischen Bevölkerung erst recht sicher. Vor einigen Tagen wurde schon der Namenstag der Königin in der Natalienkirche zu Belgrad festlich begangen. Nach dem Gottesdienste hielt Erzpriester Milalitsch eine Rede, in welcher er die Verdienste und die Tugenden der Königin als Wohlthäterin des Volkes, als Frau und Mutter hervorhob. König Alexander war durch Unwohlsein verhindert, dem Gottesdienste beizuwohnen; von der Regentschaft und der Regierung war Niemand anwesend, wohl aber die Frauen des Regenten Ristitsch, des Ministerpräsidenten Gruitsch und vieler Zivil- und Militärwürdenträger. Zum Empfang der Königin, die, wie es scheint, am 14. d. M. eintreffen wird, hat sich ein Komite gebildet, dem die vornehmsten Damen der Belgrader Gesellschaft, die Gattinnen der hervorragendsten politischen Persönlichkeiten aller Parteien angehören. Eine Abordnung dieses Komites wird der Königin entgegenreisen.

Deutschland.

△ **Berlin,** 11. September. Unter den Gegenständen, welche der gegenwärtig versammelte Juristentag auf seiner Tagesordnung hat, dürften die Ehescheidungsgründe des bürgerlichen Gesetzbuchs der allgemein interessanteste sein, andererseits am lebhaftesten den politischen Meinungsstreit entfesseln. Auf den politischen und kirchlichen Rechten will man die Ehescheidung möglichst erschweren und damit die Frage, ob ein den Begriff der Ehe erfüllendes Zusammenleben im gegebenen Falle zwischen zwei Ehegatten noch zu erhalten oder wiederherzustellen sei, möglichst, durch die Organe des Staates entscheiden lassen. Diesem Standpunkt entspricht der Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuchs, wenigstens in viel höherem Grade als das Allgemeine Landrecht. Den bezeichneten Standpunkt nimmt aber nur der evangelische Theil der Konfessionellen ein. Die katholische Kirche kennt überhaupt keine Ehescheidung, wofür freilich ihre Lehre über Giltigkeit und Nichtigkeit der Ehen ziemlich verzwickt ist. Ein strengkatholischer Jurist wird sich an einer Diskussion, welche die Zuläßigkeit der Ehescheidung zur Voraussetzung hat, folgerichtig überhaupt nicht betheiligen. Trotz des Umstandes, daß der diesjährige Juristentag in einem überwiegend katholischen Reichsgebiete stattfindet und vermuthlich zahlreiche katholische Juristen aus dem Reichslande und dem Rheinlande unter seinen Theilnehmern zählen wird, ist aus dem genannten Grunde eine Vertretung des katholischen Standpunktes in der Verhandlung des Juristentages wohl nicht zu erwarten. Als Hauptpunkte der sachlichen Erörterung ergeben sich, im Anschluß an den Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuchs, die Definition des Ehebruchs, der Wegfall gewisser bisheriger Ehescheidungsgründe, insbesondere die Frage, ob Geisteskrankheit einen Ehescheidungsgrund nicht mehr bilden soll, endlich die vorläufige Ehetrennung. Der erste der angeführten Punkte scheint uns zu einer Besprechung in einer öffentlichen Zeitung nicht geeignet. Nur soviel sei gesagt, daß der Nachweis des vollzogenen Ehebruchs viel schwerer sein und in viel weniger delikaten Formen als bisher zu erbringen sein wird. Der Gesetzgeber macht nicht übel Miene, als Beweis für die behauptete Thatsache des Ehebruchs eigentlich nur das Betroffenwerden in flagranti zuzulassen. Was den zweiten der oben erwähnten Punkte angeht, so hat er praktisch vielleicht eine geringere Bedeutung als in der Theorie. Denn die böswillige Verlassung, welche der Entwurf als Ehescheidungsgrund gelten läßt, wird nach wie vor in sehr vielen Fällen die von den Gatten im Einvernehmen mit Rücksicht auf das Gesetz gewählte Form sein, wo der wirkliche Grund der Trennung Dritten gegenüber verschwiegen bleibt. Gegen den grundsätzlichen Wegfall der Geistesstörung, wenigstens der unheilbaren, als Ehescheidungsgrund, hat sich seither ein besonders lebhafter Widerspruch geltend gemacht. Die vorläufige Trennung vollends entspricht nicht der Sitte und die jetzt mögliche Entscheidung des Richters: „Ihr bleibt vorläufig beisammen“ ist nicht nur in der Form, sondern auch in der Wirkung das Gegentheil von dem jetzt vorgeschlagenen: „Ihr seid vorläufig getrennt“. Die Meinung der Fachjuristen über den Gegenstand wird alsbald der Oeffentlichkeit vorliegen. — — Die Ausstellung der **Entwürfe zum Kaiser Wilhelms-Denkmal** ist heute eröffnet worden. Soweit sich bisher übersehen läßt, ist kein einziger dieser Entwürfe zur unmittelbaren Ausführung geeignet. Es steckt viel Tüchtiges, ja Bedeutendes in dieser aufgehäuften Riesensumme von Fleiß und Ehrgeiz, aber ein Uebermaß von Phantasie, um nicht zu sagen von Phantastik, schädigt die Wirkung auch der besten Leistungen. Immerhin befindet sich unter den Entwürfen mehr als einer, dessen Urheber das Vertrauen verdient, daß er seiner Aufgabe gerecht werden würde, wenn diese ihm in praktischer Greifbarkeit und mit dem Zwange weiser Selbstbeschränkung gestellt würde. Naturgemäß liegt der Schwerpunkt der Konkurrenz zunächst in der architektonischen Frage. Es gilt in erster Reihe, den Platz für das Denkmal zu schaffen, und ein richtiges Gefühl hat den meisten Künstlern gesagt, daß die verlangte gewaltige Wirkung nicht durch die Plastik allein erzielt werden kann, sondern daß dem Denkmal ein großartiger Rahmen und Hintergrund durch Hallen und Triumphbogen bereitet werden muß. Das Papier ist nun freilich geduldig, und es lassen sich auf ihm die wunderbarsten Schöpfungen herstellen, die nur leider den Fehler haben, unendlich viel Geld zu kosten. So opferwillig Regierung und Reichstag aber auch sein werden, so hat doch die Aufgabe in sich selber neben ihrer künstlerischen auch ihre materielle Grenze. Es ist undenkbar, daß vielleicht 30 Millionen, soviel wie für das Reichstagsgebäude, für das Kaiser Wilhelms-Denkmal werden ausgeworfen werden. Diese Summe aber würde für die Ausführung sehr vieler der Entwürfe, die Grunderwerbskosten gar nicht eingerechnet, ganz sicher erforderlich sein. Einige der Bewerber gehen mit den Straßen, den Plätzen, den Häusern und dem Thiergarten von Berlin mit so erfrischend naiver Willkür um, als hätten sie eine Nürnberger Spielzeugschachtel vor sich, mit der sie machen können, was sie wollen. Da wird bald der halbe Thiergarten rasirt, bald das Brandenburger Thor abgebrochen und an anderer Stelle neu errichtet, bald die Universität oder das Opernhaus oder das Krollsche Theater wie mit einem Schwamm hinweggewischt. Von der Mehrzahl dieser Pläne kann man schon jetzt sagen, daß sie, trotz unverkennbarer Genialität im Einzelnen, von den Preisrichtern mit bedauerndem Achselzucken werden bei Seite gelegt werden. Die Zahl der ernstlich in Frage kommenden Entwürfe schränkt sich naturgemäß weiter ein durch die unvermeidlichen Ausgeburten stillen Wahnsinns, von denen keine größere Konkurrenz frei zu bleiben pflegt. Man sieht unglaubliche Dinge; man sieht den alten Kaiser die Parade abnehmen über je zwei langgestreckte Doppelreihen von Feldherrn und Staatsmännern, von denen jeder auf seinem Postamentchen steht wie ein Zinnsoldat. Ein Bewerber hat eine Art von Bienenkorb erfunden, auf dessen höchster Spitze der Kaiser reitet. Um es sich bequem zu machen, hat dieser Künstler einfach die Photographie Kaiser Wilhelms oben angeklebt. Sehr merkwürdig nehmen sich jene Entwürfe aus, deren Verfasser sich von der neuen architektonischen Idee des Eiffelthurmes haben beeinflussen lassen. Es ist darunter Manches, was nicht grade unübel wirkt, aber den Stempel der Unausführbarkeit trägt es an der Stirne. Wir behalten uns vor, auf die Konkurrenz zurückzukommen. —

— Am 6. September **starb** in Vahrn bei Brixen im Alter von bald 70 Jahren der bekannte liberale Publizist **Dr. Moritz Mahler**, der durch mehr als drei Jahrzehnte, bis zu seiner Uebersiedelung nach dem milden Klima der Süd-Alpen, am politischen Leben Deutschlands und Oesterreichs thätigen Antheil gehabt hat. Mahler hat seiner liberalen Gesinnung schon in jungen Jahren Opfer gebracht. Als Herausgeber des „Freimüthigen“, den er, ein Wiener von Geburt, in den bewegten Tagen der Wiener März-Revolution von 1848 gegründet, mußte er im Oktober desselben Jahres die Flucht ergreifen, wandte sich nach Paris und später nach London und entwickelte von hier aus eine lebhafte und umfassende journalistische Thätigkeit. Kurz vor dem Kriege von 1866 verlegte der Verstorbene seinen Wohnsitz nach Berlin. Seinen Freunden Eduard Lasker und Miquel verdankt er es, daß sein Gesuch um Aufnahme in den preußischen Unterthanenverband schneller berücksichtigt wurde, als es sonst in Anbetracht seiner revolutionären Vergangenheit vielleicht der Fall gewesen wäre. Ohne den Idealen seiner Jugend untreu zu werden, hatte der Verstorbene seinen Frieden mit den Ereignissen der letzten Jahrzehnte gemacht. Im Mai 1881 übersiedelte Moritz Mahler, nachdem er schon mehrere Jahre zuvor erblindet war, zu dauerndem Aufenthalte nach Tirol, welches er seitdem nicht wieder verlassen hatte. In seinem schweren körperlichen Leiden war ihm seine Gattin eine treue, unermüdliche und aufopferungsvolle Pflegerin. Die liebenswürdigen Eigenschaften des Dahingeschiedenen und die Hochherzigkeit und Lauterkeit seines Charakters sichern ihm ein dauerndes Andenken bei seinen zahlreichen Freunden.

— Ueber ein in der Pariser Presse breitgetretenes Ereigniß, daß ein im **Stettiner Hafen** liegender **französischer Dampfer, „Louis“**, angeblich in Folge des von den Behörden ausgeübten Zwanges, am Sedantage **Flaggenschmuck angelegt** hatte, liegt jetzt im „Phare de la Loire“ folgende Erklärung des französischen Konsuls in Stettin vor:

„**Stettin**, 8. September. Der „Louis war nicht genöthigt worden zu beflaggen. Ein **untergeordneter, ungeschickter Agent** hat ohne Auftrag seiner Vorgesetzten, aber in guter Absicht, dem Kapitän gerathen, zu beflaggen, um Unannehmlichkeiten mit dem Pöbel zu vermeiden. **Französisches Konsulat.**“

— Eine für **Köln** in Aussicht genommene Generalversammlung der **deutschen Kolonialgesellschaft** im Herbst ist durch Beschluß des Vorstandes wohl mit Rücksicht auf die herrschende Strömung in Regierungskreisen — **aufgegeben** worden.

— Die **Steigerung der Lebensmittelpreise** macht sich in den verschiedensten Gegenden des Reiches mit wachsender Stärke fühlbar, und überall ist es naturgemäß die ärmere Bevölkerung, die darunter in erster Linie zu leiden hat. Auch in **Westfalen** sind namentlich die Fleisch- und Speckpreise derart gestiegen, daß die den Bergarbeitern stellenweise bewilligten Lohnerhöhungen dadurch wirkungslos gemacht werden. Der „Frkf. Ztg.“ wird darüber aus Westfalen geschrieben: Das Rindfleisch kostet jetzt auch hier überall 70 Pf. und mehr, das Schweinefleisch 80 Pf., der Speck 90 Pf. bis 1 M. das Pfund. Geringwerthigere Fette, die sonst mit 30 Pf. bezahlt wurden, kosten jetzt 60 Pf. Was will dem gegenüber eine Lohnerhöhung von 10 bis 20 Pf. für die Schicht besagen? In den meisten Arbeiterfamilien ist Fleisch und Speck deshalb ein seltenes Gericht geworden. Dabei ist die Butter theurer wie in früheren Jahren, ebenso der Kaffee. Falls die Kartoffelernte nicht reichlich ausfällt, wird so mancher Arbeiter im Winter darben müssen trotz der Hochfluth in der Industrie.

— In der am Sonntag in **Adlershof** bei Berlin abgehaltenen **Generalversammlung der Berliner Baugenossenschaft** konnte das erfreuliche Wachsthum dieser humanitären Einrichtung konstatirt werden. Schon die überfüllte Versammlung bewies, mit welchem Interesse Mitglieder und Freunde der Genossenschaft deren Bestrebungen verfolgen, und der Vorsitzende des Aufsichtsraths, Reichstagsabgeordneter K. **Schrader**, stellte mit Befriedigung fest, daß nicht nur die zahlreichen Beitrittserklärungen, sondern auch die Unterstützung von Seiten der bemittelten Klassen durch Darleihung von Hypotheken ꝛc. Zeugniß davon ablegten, daß man in immer weiteren Kreisen von dem Nutzen dieses Unternehmens sich überzeugt habe. Das reiche Angebot von Hypotheken zeuge aber auch, daß man zu der soliden Geschäftsführung Zutrauen habe. Bei der wachsenden Theilnahme der Bevölkerung Berlins werde man nunmehr möglichst bald dazu übergehen müssen, vor mehreren Thoren der Stadt zu bauen, während die bisher errichteten 25 Häuser sämmtlich in Adlershof (an der Görlitzer Bahn) errichtet sind. Die namentlich in der letzten Zeit in einem sehr kräftigen Aufschwunge begriffene Entwickelung der Genossenschaft ergab sich ferner aus dem von dem Stadtv. **Wohlgemuth** (Vors. des Vorstandes) erstatteten Bericht. Danach hatte dieselbe 1886: 54, Mitte 1887: 103, 1888: 156, 1889: 510 Mitglieder, deren Zahl bis jetzt schon auf 622 gestiegen ist. Das eigene Kapital der Gesellschaft an Mitgliederbeiträgen beträgt jetzt schon 23 151 Mark und auf die Häuser sind bereits 22 731 Mark an Abträgen abgezahlt. Dieser Summe stehen z. B. 84 332 Mark fremdes Geld (Hypotheken) gegenüber, welcher Betrag nach Fertigstellung der Häuser sich noch etwas erhöhen wird. Die Unkosten sind bisher sehr gering gewesen; 1887 446 Mark, 1888 624 Mk., 1889 bis 1. Juli 419 Mark. Der Bericht-

---

Der gesetzliche Sinn.

Skizze von Ernst Leuthold.

(Nachdruck verboten.)

Es war in Neustadt. In welchem Neustadt „es war“, darf allerdings nicht verrathen werden. Nun also, in Neustadt gab es einen Spitzenverein, den die zweite Gesellschaft spöttischerweise so benamset hatte, weil die Größen des Städtleins, die Spitzen, ihn gegründet hatten. Der eigentliche Name des Vereins war allerdings „Verein für Bildung und Geselligkeit.“ Die Neustädter hielten es sehr mit der Bildung, und die Mitglieder des Vereins, die auf ihre Schöpfung stolz waren, nannten ihn ihrerseits kurzweg „die Bildung.“

Im ersten Jahre seines Bestehens war im Verein „Bildung“ allerdings vorwiegend auf gebildetes Skatspielen und Biertrinken der Männer, einen gebildeten Nachmittags-Kaffeeklub der Frauen und gebildete Tanzvergnügungen der jungen Leute beider Geschlechter hingearbeitet worden. Aber die „Zweiten“ hatten ihre Glossen darüber gemacht, und so war im zweiten Jahre des Bestehens der „Bildung“ der Beschluß gefaßt worden, durch Vorträge dem Bildungsbedürfniß zu entsprechen, oder wie es neuerdings im Zeitungsphrasendeutsch so schön heißt, „dem Bildungsbedürfniß Rechnung zu tragen.“ Die gebildetsten der Spitzen erklärten sich bereit, Vorträge zu übernehmen. Und so wurde dann jeden zweiten Montag in der „Bildung“ geredet über Ibsen und sein Ziel, über Elektrotherapie, Bimetallismus, die Edda, moderne Philosophie, Erziehung (von einem Junggesellen, der nur einen widerwärtig verzogenen Köter als erziehliches Kunstprodukt hätte aufweisen können), über die zweite schlesische Dichterschule, Anzucht der Orchideen, die Ausgrabungen in Ninive. Den letzten der Vorträge hatte Hofrath Mejer übernommen, der übrigens seinen Namen wie jeder andere Meier aussprach. Er behauptete aber, polnischer Abkunft zu sein.

Hofrath Mejer war Wittwer. Er hatte das Glück des Verheirathetseins nur kurze Zeit genossen, hatte von seiner Frau ein bedeutendes Kapital geerbt und lebte schon seit Jahren in der angenehmen Situation eines Mannes, der sich ob seiner traurigen Verlassenheit und Vereinsamung allgemein verhätschelt sieht. Es gefiel ihm auch ganz gut so. Und wenn er auch keineswegs Ernst zu machen gewillt war und keine der netten Damen, die ihn eventuell über den Verlust der lieben Ersten hätten trösten mögen, wirklich bevorzugte, so machte er sich doch bei den Damen beliebt, wo er's nur konnte. Er arrangirte Sommerfeste, Herbstfahrten, Schlittenpartieen, er sann neue Kotillontouren aus, veranlaßte bei Vereinsfesten die Spende einer Extraüberraschung für die Damen und brachte bei Zweckessen regelmäßig seinen Trinkspruch ihrem Wohle dar. Kurz: er war ein Damenmann, wenn auch mit Reserve.

Was Wunder also, wenn der letzte der Vorträge, von Hofrath Mejer übernommen, den schönen Titel trug: „Unsere Frauen!“

Hofrath Mejer war als schwungvoller Redner bekannt. Er besaß zwar eine fettig-süße Stimme (das reine Glycerin, nannte sie ein spöttischer Neidbold), hatte aber die Worte gut in der Gewalt und wußte überall Blumen der Rede zu pflücken und mit Grazie anzubieten. Seinem Vortrage über „unsere Frauen“ lauschten wohl alle Bildungsmitglieder. Sogar die Kinder hatten mitgenommen werden dürfen. Es war zwar den Statuten entgegen; aber bei solchem Anlaß hatte man die Augen zugedrückt. Hofrath Mejer sagte zwar nichts Neues in seinem Vortrage; aber das hatte man wohl auch eigentlich nicht erwartet. Unsere Jungfrauen — Frauen — Mütter (Thränen der Rührung!) Samariterinnen — helle Sterne im dunklen Leben — himmlische Rosenflechterinnen — Trösterinnen — Balsamspenderinnen — — und was es sonst an schönen Schlagworten giebt — er ließ keines fort. Natürlich brachte er auch einige Schattenstriche in dem hellen Bilde an, sprach — zwar reizend humoristisch und diskret — von dem lieben Eigensinn und der etwas freieren Auffassung der Logik.

Man lächelte. Und in seine empfindungsvolle Abwehr der sogenannten Emanzipation stimmten alle Neustädterinnen mit ein. Zum Schlusse seines Vortrags sprach er noch von der Selbsterkenntniß, und da konnte er sich nicht enthalten, eine kleine Parallele zwischen den beiden Geschlechtern zu ziehen und den „verehrten Damen, die er alle so hoch schätze“, **einen Sinn** abzusprechen, der nur beim Manne vorhanden sei: den **gesetzlichen Sinn!** Er verweilte nicht lange dabei. Und weil er seine Rede mit einem melodramatischen Schlußhymnus schloß, der äußerst effektvoll war, ging der Eindruck, den diese Ausstellung oder Einschränkung hätte machen können, gar nicht tief.

Der Hofrath Mejer war selbst sehr befriedigt von seiner Rede, und als am zweitnächsten Tage ihm der Postbote eine Anzahl zierlich beschriebener Briefe aushändigte, machte er ein schlaues Gesicht. Er hatte vier Briefe vor sich, von denen drei stark parfümirt waren, schiefe Linien und keine Unterschrift aufwiesen. Es waren „poetisch empfundene“ Dankesschreiben! Und wenn der ältlich-jugendliche Hofrath auch über die guten Weiberchen seine geheimen Witzchen machte und in seiner Stube nicht ganz so verhimmelnd und in Entzücken ersterbend war wie auf der Rednerbühne, die Anerkennung freute ihn doch!

Der vierte Brief war kürzer und in viel trocknerem Tone gehalten als die anderen. Er trug auch eine Unterschrift: Frau Eveline Reif. Frau Eveline hatte in Neustadt einen kurzen Besuch gemacht und dabei zufällig in der „Bildung“ den Vortrag gehört. Sie schrieb: „Mein Herr, die Veranlassung zu diesen Zeilen an Sie, den ich nicht kenne, ist der Passus Ihres Vortrages, der vom gesetzlichen Sinn handelt. Was Sie sonst noch sagten, klang ja alles sehr schön, wenn es auch nicht gerade originell war. Wie Sie selbst eigentlich über die Frauen, respektive über das ganze weibliche Geschlecht denken (denn Sie pflegen ja, verzeihen Sie einer Frau vom Lande den uneleganten Ausdruck, uns allesammt über einen Kamm zu scheeren) das weiß ich nicht. Ich habe auch nicht die Berechtigung, Ihren Vortrag zu kritisiren. Nur über den einen Punkt will ich meine Meinung äußern, weil ich darüber eine Meinung habe. Sie sprachen von Selbsterkenntniß und vom gesetzlichen Sinn. Ich wartete nun darauf, daß Sie mit den beliebten Heerrufen kommen würden, daß die Frauen unpünktlich, unzuverläßig und zu Kontraventionen und Defraudationen hinneigend seien. Sie thaten das nun allerdings nicht. Sie sagten nur kurz und kühl,

[Be]richterstatter sprach die Hoffnung aus, daß Berlin dasselbe leisten werde [w]ie Kopenhagen, dessen Baugenossenschaft er vor kurzem aus eigener [A]nschauung kennen gelernt habe. Dieselbe ist im Jahre 1868 gegründet, [z]ählt jetzt 16 000 Genossen und baut neuerdings jährlich 80 Häuser. [B]isher sind von ihr 800 Häuser — deren 400 in ein und demselben Stadttheil — errichtet worden. — Hierauf wurde beschlossen, einem [z]u begründenden Verbande der Rohstoff-, Bau- ꝛc. Genossenschaften [b]eizutreten. — Schließlich begab sich die Schaar der Theilnehmer der Versammlung, begleitet von einem sehr zahlreichen Publikum, zu dem mitten im Orte Adlershof belegenen Terrain der Genossenschaft, auf welchem nunmehr 25 Häuser stehen. Die schon bewohnten Gebäude machen einen sehr freundlichen Eindruck und auch die neu errichteten Häuser sind so gebaut, daß die durch sie gebildete Straße keineswegs einen einförmigen Charakter hat; auf Abwechselung in Größe, Form, Bauart, Farbe der Steine ꝛc. ist Bedacht genommen. Die alle Häuser umschließenden Gärten boten mit ihren Lauben, blühenden Blumen und Gartenfrüchten einen schönen Anblick, und von den darin lustwandelnden Hausbewohnern wurde durchweg bestätigt, was Herr Schrader in der Versammlung hervorgehoben hatte, daß die Erwerber mit ihren Wohnungen vollkommen zufrieden seien. Sie wußten den vielen Besuchern ihrer Häuser auch noch manche Vortheile zu schildern, welche ihnen — abgesehen von dem gesunden und billigen Wohnen im eigenen Hause in guter Luft unweit des Waldes — u. A. aus der Benutzung der Gärten, dem Halten von Vieh ꝛc. erwachsen. Unter dem zahlreich erschienenen Publikum, welches eingehend und mit großem Interesse sowohl die Neubauten als auch die früher errichteten und bereits bewohnten Häuser besichtigte, hörte man allgemein die Ansicht äußern, daß die Genossenschaft sich nunmehr schnell zu immer kräftigerer Blüthe entfalten und Großes auf dem Gebiete der Wohnungsfrage leisten werde. Möge jeder, der an der Besserung der sozialen Verhältnisse der arbeitenden Klassen Antheil nimmt, nach Kräften zur Erreichung dieses Zieles beitragen!

— An **Reichsmünzen** sind nach amtlichen Aufstellungen in deutschen Münzstätten bis Ende August 1889 insgesammt geprägt worden: An **Goldmünzen**: Doppelkronen für 1 862 657 940 Mark, Kronen für 476 294 290 Mark, halbe Kronen für 27 969 925 Mark, davon auf Privatrechnung für 1 045 650 190 Mark; an **Silbermünzen**: Fünfmarkstücke für 74 104 195 Mark, Zweimarkstücke für 104 964 606 Mark, Einmarkstücke für 178 990 334 Mark, Fünfzigpfennigstücke für 71 486 552 Mark, Zwanzigpfennigstücke für 35 717 922,80 Mark; an **Nickelmünzen**: Zwanzigpfennigstücke für 3 003 179 Mark, Zehnpfennigstücke für 26 639 157,20 Mark, Fünfpfennigstücke für 13 051 386,65 Mark und an **Kupfermünzen**: Zweipfennigstücke für 6 213 207,44 Mark, Einpfennigstücke für 4 654 444,47 Mark. Von diesen Einzelbeträgen sind verschiedene Summen wieder eingezogen, sodaß Ende August d. J. an Goldmünzen 2 364 898 730 Mark, an Silbermünzen 452 236 864,30 Mark, an Nickelmünzen 42 692 661,90 Mark und an Kupfermünzen 10 867 602,28 Mark verblieben sind.

Hannover, 10. September. Ein **Kaiser Wilhelm-Gedenkstein** ist gestern auf dem Kronsberge bei Bemerode, wo Kaiser Wilhelm I. zweimal eine große Kaiserparade abgehalten und dem Manöver gegen den markirten Feind beigewohnt hat, eingeweiht worden. An der Feier nahmen die Kriegervereine aus der Umgebung Theil. Generallieutenant v. Löbell-Hannover hielt die Weihrede, erinnerte an die Großthaten Kaiser Wilhelms I., an die Kämpfe des X. Armeekorps und schloß mit einem Hoch auf den Nachfolger auf dem deutschen Kaiserthron, Kaiser Wilhelm II. — Der **sozialdemokratische Theil** der Zimmerer machte gestern den Versuch, durch **Arbeitsniederlegung die Vorbereitung zum Empfange des Kaisers zu stören**, aber militärische Kräfte brachten sofort Ersatz.

Frankreich.

* **Paris**, 9. September. Wie bereits bekannt, hat Gladstone auf dem ihm gegebenen Bankett auch eine englische Rede gehalten, und zwar brachte er einen Toast auf Amerika aus. Das ist nicht verwunderlich, denn es waren viele Amerikaner anwesend, die ihm den Wunsch nahegelegt hatten, sie möchten ihn auch in seiner Muttersprache hören, die er bekanntlich meisterhaft beherrscht. Ueber diese zweite Rede gehen die französischen Berichte kurz hinweg, und noch kürzer über die Antwort des amerikanischen Generalkommissärs Sommerville-Tuck, der den Gedanken ausführte, Amerika habe von Europa viel gelernt und könne noch viel von ihm lernen; dafür könne Europa, namentlich heute, auch etwas von Amerika lernen, nämlich: im Frieden zu leben. Diese gute Lehre des Amerikaners hat bisher nur im Berichte des „Journal des Débats" Abdruck gefunden.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Berlin**, 9. September. [**Wegen fahrlässiger Körperverletzung**] stand am Dienstag der **praktische Vertreter der Naturheilkunde** und Dirigent der konzessionirten Berliner Naturheilanstalt. **Hermann Canitz** vor der II. Ferien-Strafkammer des hiesigen Landgerichts I. Derselbe ist beschuldigt, durch seine dem Tischlermeister M. H. Gericke gewährte Behandlung die Körperverletzung desselben verursacht zu haben. Der Angeklagte bestreitet den Inhalt der Anklage und behauptet, daß er den Patienten durchaus nach den Gesetzen der Naturheilkunde behandelt habe. Der Patient habe eine Drüsenanschwellung und Schwellung des Oberschenkels gehabt und der ganze Zustand desselben habe das angewandte Verfahren bedingt. Dasselbe bestand in erster Reihe in heißen Einpackungen, Anwendung von Dampfkruken auf 1½ bis 2 Stunden, Nachmittags 18 Gr. R. Einpackung. Er habe Alles gethan, was die Wissenschaft der Naturheilkunde vorschreibt. Er habe den Patienten am 28. August, 30. August und am 1. September besucht, der Kranke habe sich dann aber in andere ärztliche Behandlung begeben und am 3. September bereits in Eis-Umschlägen gelegen. Dieser Eis-Behandlung müsse er allein die Verantwortung für den schlechten Ausgang zuschieben, denn durch diese plötzliche Eis-Behandlung sei die günstige Schweißbildung unterdrückt und der Heilvorgang vernichtet worden. Man werfe ihm von ärztlicher Seite vor, daß er ein Ignorant sei und das Naturheilverfahren nur als melkende Kuh betrachte. Er sei jedoch an das Naturheilverfahren erst herangetreten, nachdem er die gehörige Vorbildung sich angeeignet. Zu Gunsten dieses Heilverfahrens habe er seinen Beruf als Lehrer an einer Bürgerschule aufgegeben. Tausende Patienten, welche erfolglos von Aerzten behandelt worden seien, seien in seine Behandlung gekommen, Hunderte habe er umsonst behandelt, und alle seien ihm stets sehr dankbar gewesen. Auch habe er der Anstalt für Naturheilverfahren eine Summe von 500 Mark aus eigenen Mitteln zu Gunsten armer Kranken überwiesen. Er sei seit 1870 in seiner ärztlichen Thätigkeit, habe viele Vorlesungen bei Professor Bock gehört, alle Zweige der Gesundheitspflege studirt und auch viel mit Aerzten verkehrt. Dabei habe er die Hinfälligkeit der bisherigen Behandlungsweise kennen gelernt und vollständig eingesehen, daß die Aerzte keineswegs eine solide und sichere Grundlage am Krankenbette haben. Er habe auch die klinischen Vorlesungen des Prof. Volkmann in Jena studirt und viel mit Aerzten an Krankenbetten gearbeitet, wie sich denn auch manche Aerzte schon an ihn gewandt haben, um sich über das Natur-Heilverfahren zu unterrichten. Er sei fest überzeugt, daß der Kranke vollständig genesen wäre, wenn er seine Behandlung nicht aufgegeben hätte. — Der Hauptzeuge, Tischler **Gericke**, bekundet, daß er auf Empfehlung von Nachbarsleuten sich an Herrn Canitz gewandt habe, als er am 28. August einen immer heftiger werdenden Schmerz im Fuße bemerkte. Der Fuß sei angeschwollen gewesen, doch habe er sich den Grund dieser Erscheinung nicht erklären können, da er zwar eine Flechte am Fuße hatte, die ihm aber nie Beschwerden machte, und im übrigen von Rheumatismus nichts kannte. Herr Canitz habe dann Verordnungen mit ¾ Packung, Dampfkruken, Abreibungen ꝛc. getroffen, er habe aber diese Behandlung absolut nicht aushalten können. Die Umschläge hätten eine unerträgliche Hitze verursacht, und die Schmerzen immer mehr zugenommen, so daß er vollständig von Kräften kam und fieberte. Auf dringendes Anrathen der Nachbarn sei dann schließlich ein praktischer Arzt gerufen worden. Als der Arzt Dr. Keller eingriff, habe er sofort seine Empörung über die angewandte Behandlung ausgedrückt, vorläufig Eisblasen angeordnet und dann eine weitere Behandlung abgelehnt, da nach seiner Ueberzeugung die Ueberführung des Kranken in ein Krankenhaus nothwendig erschien. Dann habe Dr. Holz die weitere Behandlung übernommen und gleichfalls seine Empörung über die Behandlung mit Dampfkruken ꝛc. ausgedrückt. Am 15. September habe er sich, da eine umfangreiche Eiterung den Fuß ergriffen hatte, einer Operation unterwerfen müssen. Dr. **Paul Keller**, welcher zunächst nach Canitz zu dem Kranken gerufen worden war, erklärt, daß er denselben in einem geradezu jämmerlichen Zustande vorgefunden habe. Der Puls sei fast vollständig geschwunden, der Oberschenkel stark geschwollen und mit Brandblasen überzogen gewesen, und bei der leisesten Berührung habe der Kranke heftige Schmerzen empfunden. Er habe deshalb Eisblasen verschrieben und zur Verhinderung weiterer Entzündung Einreibungen mit grauer Salbe an den Leisten angeordnet, im übrigen aber die Ueberführung in ein Krankenhaus für nothwendig erachtet. Er halte es für vollständig ausgeschlossen, daß Herr Canitz mit seiner Kurmethode eine Genesung hätte herbeiführen können. — Dr. Holz hat den Kranken in einem Zustande hochgradigster Erschöpfung bei sehr hohem Fieber vorgefunden, so daß die äußerste Lebensgefahr vorlag. Ein anderer Sachverständiger behauptet, seines Wissens werden solche Anordnungen mit Dampfkruken ꝛc. in der Medizin gar nicht angewandt, dieser komplizirte Apparat scheine nur darauf berechnet, den Leuten Sand in die Augen zu streuen. Eine entzündungswidrige Behandlung mit Dampfkruken kenne er nicht. Dr. med. **Hugo Schulz**, der akademisch gebildete Vertreter der Naturheilkunde, gab dagegen dem Angeklagten das Zeugniß, daß er ganz richtig nach der letzteren vorgegangen sei. Wenn die Dampfkruken so angewendet worden wären, wie es Herr Canitz vorgeschrieben, dann hätten nie Brandblasen entstehen können; viel eher sei es möglich, daß die plötzliche Applizirung von Eis auf den heißen Körper diesen Erfolg erzielt hat. Geh. Medizinalrath Dr. **Wolff** führt als Sachverständiger aus: Wenn die theoretischen Auslassungen der Vertreter der Naturheilkunde richtig wären, dann könnte man den akademischen Unterricht einfach schließen, denn die Wissenschaft lehre gerade das Gegentheil von dem, was die Herren lehren. Das Leiden, welches der Kranke hatte, sei anfänglich offenbar sehr unbedeutend gewesen, denn es bestand im Wesentlichen in einer Drüsenanschwellung am Oberschenkel, die ganz gut auf einen 1½stündigen Marsch am Tage vorher zurückgeführt werden könnte. Der Angeklagte habe die Krankheit anfänglich für Rheumatismus angesehen, die Wissenschaft kenne aber bei Rheumatismus nicht solche Behandlung, wie sie der Angeklagte angewandt. Gerade dies Verfahren habe den Krankheitsfall verschlimmert und zu einer Eiterung geführt. — Der **Staatsanwalt Jesch** beantragte wegen fahrläßiger Körperverletzung 300 Mark Geldbuße event. 60 Tage Gefängniß. Gerade dieser traurige Fall beweise, wie unwissenschaftlich die Naturheilmethode sei und daß sie nicht angewendet werden dürfe, wenn sie nicht vom Staate in vollem Umfange anerkannt sei. R.-A. **Stein** beantragt dagegen die volle Freisprechung seines Klienten. Eine Fahrläßigkeit könnte sich nur dann konstruiren lassen, wenn man es als Glaubenssatz hinstellt, daß wir im preußischen Staate eine unfehlbare praktische Medizin haben. Diese Unfehlbarkeit werde man aber nicht anerkennen können, so lange das große Heer der Allopathen den Homöopathen gegenüber steht und so lange sich die Ansichten über Heilmittel und Heilmethoden fortwährend ändern. Der Angeklagte habe nach den Lehren der Naturheilkunde gehandelt und er beanspruche event. ein Gutachten des Medizinalkollegiums darüber, daß diese Naturheilkunde durchaus in dem Rahmen der Wissenschaft des Tages steht. Der **Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten** nach dem Antrage des Staatsanwalts **zu 300 Mark Geldbuße**. Er erblickt die Fahrläßigkeit darin, daß derselbe sich der Heilung einer Krankheit unterzogen, zu welcher ihm die Kenntnisse fehlten und daß er sich auch nicht genügend darum bekümmert habe, ob seine Anordnungen genau befolgt wurden.

Militärisches.

= Aus **Mainz** wird wieder eine **Verhaftung wegen Unregelmäßigkeiten bei militärischen Lieferungen** gemeldet. Nach einer Meldung der „Köln. Volksztg." wurde am vergangenen Sonnabend der Zeughauptmann Hanke von dem Artilleriedepot Mainz in das dortige Militärgefängniß gebracht. Derselbe ist beschuldigt, einem ebenfalls in Untersuchungshaft befindlichen Geschäftsmann bei Lieferungen für das Militär ehrenwidrigen Vorschub geleistet zu haben. In gleicher Betrugsangelegenheit befindet sich seit einiger Zeit ein Zeugfeldwebel in Haft.

S Sitzung der Stadtverordneten.

Posen, den 11. September.

Anwesend sind die Stadtverordneten: Brodnitz, Czapski, Förster, Fontane, Friedländer, Herzberg, Dr. Hirschberg, Jäckel, Dr. Jarnatowski, Kantorowicz, Kirsten, Krieger, König, Dr. Landsberger, Leitgeber, Lißner, Nötel, Orgler, Türk, Victor, Villnow, Wollburg und Ziegler.

Der Magistrat ist vertreten durch den Oberbürgermeister Müller, die Stadträthe Dr. Loppe, Rump, Schweiger, Kantorowicz, Herz und Stadtbaurath Grüder.

Den Vorsitz führt Stadtverordneten-Vorsteher **Orgler**.

Derselbe eröffnet die Sitzung um 5 Uhr und verliest zunächst einige an die Versammlung gerichtete Gesuche, unter Anderen ein solches der Grauen Schwestern, welche für ihre Anstalt um Befreiung von der Kommunalsteuer bitten. Sie begründen dies damit, daß die Anstalt durch Hochwasser gelitten hätte und sie außerdem keine Einnahmen zu verzeichnen hätten. Da sich die Petenten gleichzeitig mit einer Reklamation an den Magistrat gewendet haben, so schlägt der Vorsitzende vor, die Sache bis zur Erledigung der Reklamation zu vertagen. Die Versammlung ist hiermit einverstanden. Es erhält nunmehr Oberbürgermeister Müller das Wort und erklärt derselbe, daß sich der Magistrat mit den betr. Interessenten dahin verständigt habe, daß die **Enthüllung des Provinzial-Kriegerdenkmals** auf den 22. September festgesetzt werden solle und sei hierzu das vorliegende Festprogramm aufgestellt worden. Der Magistrat hoffe, daß die Versammlung damit einverstanden sei und recht zahlreich an der Feier Theil nehmen werde. Plätze würden den Vertretern der Stadt reservirt werden. Auch bei dem Festmahl hoffe

---

die Selbsterkenntniß (sollte wohl heißen: eigene Wahrnehmung?) habe Sie zu dem Schlusse geführt, die Männer besäßen ausschließlich den gesetzlichen Sinn.

Hätten Sie gesagt, bei den Frauen sei der sogenannte gesetzliche Sinn im Allgemeinen wenig wahrnehmbar, er werde häufig sogar vermißt — ich hätte Ihnen mit keinem Worte entgegnet. Sie hätten sich getrost über diesen Punkt aussprechen können. Denn in der That ist bei sehr vielen Frauen der Sinn für das Gesetzmäßige wenig entwickelt. Die Achtung vor dem Gesetz ist übrigens nur den wenigsten Menschen angeboren, sie wird anerzogen. Bei vielen wirkt das gute Beispiel und die gute Lehre — bei nicht wenigen aber die Furcht vor der Strafe. Sie werden mir zugestehen, daß bei der Erziehung der männlichen Menschenhälfte nicht das Gesetz allein, sondern ebenso sehr das Strafgesetz und seine Kenntniß eine Rolle spielt. Den Mädchen wird davon selten oder nie etwas gelehrt. Im Allgemeinen wenigstens. Hätten Sie nun gesagt, die Unkenntniß der Landesgesetze sei bei den Frauen bedauerlich groß — ich hätte Ihnen nicht widersprochen. Ich weiß nicht, ob Sie, der Sie über die Frauen redeten, selber eine Frau, ob Sie Töchter haben. Ich habe drei Söhne und drei Töchter, zum Theil erzogen, zum Theil noch in der Erziehung. Ich kann Ihnen nun aus eigener Erfahrung und aus vielseitiger Beobachtung versichern, daß die Gabe des „gesetzlichen Sinnes" keineswegs im Alleinbesitz des männlichen Geschlechtes ist. Sie will überall gepflegt und ausgebildet sein. Und nun wollte ich Sie noch darauf aufmerksam machen, daß, wenn sich die Väter mehr um die Erziehung ihrer Kinder kümmerten — mein Mann thut es — dies ihnen und ihren Kindern sehr wohlthätig sein dürfte. Sie, mein Herr, bitte ich nun aber, Ihre Behauptung, die Männer hätten eo ipso (die Redensart habe ich von meinen Söhnen gelernt) den gesetzlichen Sinn, einer Prüfung zu unterwerfen. Ich rede gar nicht von den auffälligen Ausnahmen, den Verbrechen. Aber, schauen Sie einmal darauf, ob die Mehrzahl der anscheinend gebildeten und verständigen Männer wirklich gesetzmäßig denkt und handelt? Ich will weiter gar nichts hinzufügen — machen Sie nur gütigst selber Augen und Ohren auf! Vielleicht halten Sie dann über das Thema einen eigenen Vortrag!" Dann folgte mit einem kurzen Gruß die Unterschrift.

Hofrath Mejer machte nach Durchlesung dieses Schriftstückes ein etwas verdutztes Gesicht, dann räusperte er sich energisch, zuckte die Achseln, murmelte etwas von frauenzimmerlicher Empfindlichkeit und warf Frau Eveline Reifs Brief, der wie ein Reif in der Frühlingsnacht zu den violenblauen Schriftzügen der blumenhaften anderen Briefe paßte, in ein Schreibtischfach. Er wollte sich eigentlich im Gefühle seiner Superiorität darüber hinwegsetzen — aber ein kleiner Stachel blieb. Und es war merkwürdig, wie dieser kleine Stachel ihm fortan zu schaffen machte, wenn sich eine Gelegenheit fand, die als Illustration zu der Behauptung von Frau Eveline paßte.

Es war dem Hofrath früher nicht aufgefallen, wie sündhaft viel Zeit junge Männer seiner Bekanntschaft mit Kartenspiel und anderen amüsanten Beschäftigungen vergeudeten, viel mehr Zeit, als die dem arbeitenden Menschen zustehende Ruhezeit erlaubte; wie arbeitsunlustig viele von ihnen waren, wie wenig fortschreitend in der Ausbildung, die ihre amtliche oder gewerbliche Thätigkeit dem Gemeinwohl segenbringend macht. Auf einmal war ihm der Gedanke gekommen, daß solches Beginnen doch mit der strengen Beachtung der Gesetze, die für den Gewissenhaften gelten, nicht im Einklange sei.

Eine ärgerliche Angelegenheit machte im Städtchen von sich reden. Von den acht Abiturienten des Gymnasiums waren drei zurückgestellt und zwei verwiesen worden. Bei den Zurückgestellten hatte man zwar auch Verdacht, aber nur zwei Prüflingen hatten die Manipulationen und Durchstechereien bewiesen werden können, durch welche die hoffnungsvollen Jünglinge sich die Last des Examens hatten leichter machen wollen. Der Hofrath trat mit dem Vater des einen Relegirten zusammen und mußte eine fulminante Rede mit anhören, worin jener ihm beweisen wollte, wie ungerecht es sei, seinen armen Jungen so hart zu bestrafen für ein Vergehen, das so und so oft, ja, das regelmäßig vorkäme. Der Hofrath glaubte nicht an die Regelmäßigkeit solcher Vorfälle; aber, daß ein als ehrenwerth beleumdeter Mann überhaupt eine nicht zu leugnende Unredlichkeit als Harmlosigkeit hinstellen und zu beschönigen vermochte, das berührte ihn eigenthümlich schmerzhaft. Der Stachel drehte sich wieder mal in der geheimen Wunde.

Es war, als gingen ihm die Augen auf über allerlei kleine Pfiffe und Praktiken, die nicht gerade Gesetzwidrigkeiten, und schlaue Schachzüge, die bei Lichte besehen doch Gesetzwidrigkeiten waren. Solche und ähnliche Vorkommnisse, die zum Vortheil des Einzelnen, zu dessen Ansehen oder Vermögen ein Theilchen beitragen sollten, kamen recht oft vor, wurden von anderen Leuten auch gar nicht so erschrecklich gefunden, waren gewissermaßen durch das Herkommen sanktionirt. Früher hatte sich der Hofrath auch nicht über derlei Dinge aufgeregt.

Aber seitdem er, ohne sich selber viel dabei zu denken, eine oft wiederholte Behauptung als eigene Meinung öffentlich ausgesprochen und — wenn auch nur brieflich — deswegen zur Ordnung gerufen worden war, ärgerte ihn jedes kleine Vorkommniß, das eine sorglose Auffassung gesetzlicher Verpflichtungen und somit Mangel an „gesetzlichem Sinn" verrieth. Er wußte wohl, daß man die Unvollkommenheit und Schwäche, die „Gebrechlichkeit menschlicher Einrichtungen" berücksichtigen muß — aber er ärgerte sich doch und schämte sich in die Seele anderer Leute, die ihn gar nichts angingen, hinein. Schließlich ärgerte ihn jedes fortgeworfene noch brennende Streichholz. Jeder geräuschvoll und verspätet Eintretende im Konzert, der die Rücksicht gegen andere, gegen Pünktlichere verletzte, bekam in ihm einen Feind. Jeden Hundebesitzer, der zur Zeit der Sperre seinen Köter — sofern es ohne Gefahr anging — frei laufen ließ, hätte er verklagen mögen. Er wurde ganz kleinlich. Die Bekannten wunderten sich über die sittenrichterlichen Anwandlungen des Hofraths, der ganz grillig und ungemüthlich zu urtheilen sich bemüßigte.

Aber das Mittel, sich seinen Unmuth aus dem Gemüthe und die Seele frei zu reden, wandte er doch nicht an. Frau Eveline Reif, seine unbekannte Korrespondentin, bekam nicht Veranlassung, ihm einen zweiten Brief zu schreiben. Er hielt keinen Vortrag mehr in der „Bildung." Weder über „Unsere Frauen", noch über das Thema: „Der gesetzliche Sinn".

er auf zahlreiche Betheiligung. Der Vorsitzende verliest nunmehr das genannte Programm und spricht auch seinerseits die Hoffnung einer zahlreichen Betheiligung aus. Oberbürgermeister Müller bemerkt nun nochmals, er bäte ganz besonders um recht rege Betheiligung bei dem Akt der Denkmalsübernahme; die Würde der Stadt erfordere diese Betheiligung. Die Begrüßung der Mitglieder der Landwehrvereine würde auf dem Rathhause, wie bei anderen Gelegenheiten stattfinden. Auch hierbei sei möglichste Theilnahme der Versammlung erwünscht. Er wolle außerdem noch besonders bemerken, daß sich die Ausgaben bis jetzt durchaus in den Grenzen gehalten hätten, wie sie wohl der Versammlung vorgeschwebt hätten. Es würde nur der Festplatz dekorirt werden und ein Podium mit Sitzplätzen für die Damen errichtet werden. Die Herren müßten sich sämmtlich mit Stehplätzen begnügen. Er wolle dann auch noch gleichzeitig die Bitte aussprechen, daß sich die Anwesenden an der geplanten Illumination betheiligen und namentlich in den oberen Stadttheilen auch auf die übrigen Mitbürger in diesem Sinne einwirken möchten. Er hoffe auch, daß die Versammlung mit einer Illumination der städtischen Gebäude, wie an Kaisers Geburtstag, einverstanden sei. — Nachdem hierauf die Versammlung sich noch mit der Gewährung einer Unterstützung von 200 Mark an die Wittwe eines ehemaligen Magistratsbeamten, die sich in hilfloser Lage befindet und nothwendig unterstützt werden muß, einverstanden erklärt hatte, wird in die Tagesordnung eingetreten und ertheilt der Vorsitzende Herrn Jäckel, als Referenten zum ersten Punkte der Tagesordnung: Betreffend den Verkauf der Restparzelle des städtischen Grundstücks, Königsstraße Nr. 6 das Wort. Redner führt aus, daß im Mai dieses Jahres Herr Reinstein das Restgrundstück für den Preis von 60 000 Mark kaufen wollte. Der Magistrat verlangte aber einen Preis von 30 Mark für den Quadratmeter, mindestens aber 68 000 Mark, welchen Preis Reinstein auch acceptiren wollte. Seitens der Baukommission wurde dann aber später vorgeschlagen, daß man das Grundstück in zwei Hälften theilen und die eine Hälfte mit 40 Mark, die andere mit 36 Mark pro Quadratmeter verkaufen solle. Die Preisdifferenz ergäbe sich daher, daß das eine Grundstück weniger tief sei und daher mehr Baufläche gewähre, das andere jedoch einen Theil Gartenland mit einbegriffe und daher weniger werthvoll sei. Er schlage der Versammlung Namens der Baukommission vor, das Grundstück nur dann zu verkaufen, wenn die geforderten 36 und 40 M. pro Quadratmeter gezahlt würden. Er persönlich fände sogar diesen Preis noch zu niedrig, da die Grundstücke noch im Werthe steigen würden. Stadtv. Kirsten hält es für unvortheilhaft, das Grundstück im Ganzen zu verkaufen und beantragt, dasselbe in 3 Parzellen zu zerlegen, da sich für ein kleineres Grundstück eher ein Käufer fände als für ein großes. Oberbürgermeister Müller erklärt, daß der Magistrat beschlossen habe, das Grundstück in drei Loosen zu verkaufen. Man müsse etwas Rücksicht auf die Synagogengemeinde nehmen, welche wohl auf das Eckgrundstück reflektiren werde, auch seien die Wünsche der Reflektanten sehr verschieden, so daß man schließlich nicht mehr den Bestbietenden unterscheiden könnte. Es sei wohl am Besten, das Grundstück zwischen Eckgrundstück und Mittelschule als ein Loos zu verkaufen. Die ganze Sache würde übrigens durch die beabsichtigte Zurücknahme der Vorlage vor der Hand ihre Erledigung finden. Stadtv. Friedländer ist für den Antrag Kirsten, befürwortet aber den Verkauf in 4 Parzellen. Stadtv. Kantorowicz ist auch der Ansicht, daß der Kirstensche Antrag unterstützt werden müsse, um so mehr, da für das Grundstück mit geringerer Tiefe bereits 40,50 M. pro Quadratmeter geboten seien. Er hielte den Verkauf in drei Loosen für den praktischsten. Er könne aber nicht umhin, sein Befremden auszudrücken, daß die königliche Regierung dem nach reiflicher Erwägung seitens der städtischen Körperschaften beschlossenen Verkauf des Eckgrundstücks an die Synagogen-Gemeinde ihre Zustimmung versagt habe. Stadtv. Dr. Hirschberg erklärt privatim, als Mitglied des Vorstandes der Ritsche Flatauschen Stiftung, daß diese sich an der späteren Lizitation nicht mehr betheiligen werde. Stadtv. Fontane erklärt, daß er denselben Eindruck wie der Stadtv. Kantorowicz gehabt hätte; er sei der Meinung, daß die Vertreter der Stadt doch in erster Linie in der Lage seien, beurtheilen zu können, was für die Stadt nützlich oder schädlich sei. Die Beschlüsse in dieser Angelegenheit seien so reiflich erwogen worden, daß man die Zustimmung der Aufsichtsbehörde wohl hätte erwarten dürfen. Nach der Erklärung des Stadtv. Hirschberg sei die Sache freilich gegenstandslos geworden. Oberbürgermeister Müller findet es ganz richtig, daß die städtischen Körperschaften bemüht seien, ihre Rechte zu wahren. In dem vorliegenden Falle liege aber die Sache so, daß nach dem Wortlaut des Gesetzes die Regierung ihre Zustimmung zum freihändigen Verkauf eines Grundstücks geben könne, wenn sie die Ueberzeugung gewinne, daß der Verkauf vortheilhaft für die Gemeinde sei. Diese Ueberzeugung habe sie nicht gewinnen können und deshalb die Genehmigung versagen müssen. Es liege daher keinerlei Anlaß zu Beschwerden vor. Stadtv. Jäckel beantragt im Schlußwort, die Sache an die Baukommission zurückzuverweisen. Oberbürgermeister Müller zieht hierauf die Magistratsvorlage zurück. Stadtv. Türk bemerkt, er habe gehört, es sei zweckmäßig, die Parzelle im Ganzen zu verkaufen; er stelle aber den Antrag den Magistrat zu ersuchen, die Parzelle in beiden Arten auszubieten. Stadtv. Kirsten beantragt nunmehr, das Grundstück Königsstraße Nr. 6 zur Lizitation zu stellen und zwar ganz, oder dasselbe in drei Loosen zu verkaufen. Dieser Antrag wird angenommen.

Es folgt nunmehr der Antrag Herzberg und Genossen betreffend Verstärkung der städtischen Pferde-Ankaufs-Kommission. Stadtv. Herzberg als Referent beantragt eine fünfgliedrige Kommission aus Fachleuten für den genannten Zweck einzusetzen und erbietet sich im Annahmefalle zur Nennung geeigneter Personen hierzu. Oberbürgermeister Mueller führt aus, daß Pferdeankaufskommissionen in diesem Sinne gar nicht bestehen. Einzelne Mitglieder der Marstall-Verwaltung wären einfach verpflichtet, beim Ankaufe von Pferden mitzuwirken und schiene es, mit Rücksicht auf die Dienstfreudigkeit dieser Beamten doch bedenklich, ohne daß Uebelstände vorgekommen seien, eine solche Aenderung vorzunehmen. Verantwortlich bleibe doch einzig und allein die Verwaltungsdeputation. Stadtv. Lißner bittet um Ablehnung des Antrages, ebenso Stadtv. Jäckel. Stadtv. Herzberg erklärt, daß der Ankauf von Pferden keine so leichte Sache sei. Er wünsche auch nur, daß die Pferdekäufe in anderer Weise wie bisher bewirkt würden und zöge, da eine verantwortliche Deputation hierfür bestände, seinen Antrag zurück.

Ueber die Bewilligung der Mittel zur Vornahme von baulichen Veränderungen in der städtischen Pfandleih-Anstalt referirt Stadtv. Brodnitz und führt aus, daß die dortigen Heizvorrichtungen durchaus ungenügend seien und ergänzt werden müßten. Es sei nun vorgeschlagen worden, in das große Zimmer einen Gasofen zu stellen, der gleichzeitig das kleinere Zimmer mitzuheizen hätte. Dieser aus Eisen herzustellende mit Majolika verzierte Ofen erfordere aber eine ziemlich hohe Ausgabe. Man erachtete in der Baukommission, daß die Majolikaverzierung überflüssig sei und dadurch 65 M. erspart werden könnten. Der Antrag der allerdings nicht beschlußfähig gewesenen Baukommission ginge nun dahin, daß die Versammlung eine Gesammtsumme von 270 und 70 M., also 340 M. zur Herstellung eines Gasofens und Ausführung damit verbundener Veränderungen bewilligen möchte. Stadtv. Kantorowicz bittet dem Antrage der Baukommission nicht zuzustimmen, da man mit den Gasöfen keine guten Erfahrungen gemacht habe; sie wären theuer und funktionirten nicht besonders. Es würde vielleicht genügen, durch eiserne Stäbe ein Wegreißen des Ofens zu verhindern. Die Kosten hierfür wären doch nur ganz geringe. Er würde dafür sein, die Sache nochmals zur gründlichen Prüfung an die Baukommission zurückzuverweisen. Stadtv. Brodnitz befürwortet seinen Antrag nochmals. Stadtv. Jäckel ist für Ueberweisung an die Baukommission. Stadtverordneter Herzberg hält die Heizvorrichtungen in der Pfandleihanstalt für ungenügend und ist für die Bewilligung der geforderten Summe. Stadtv. Lißner ist für den Antrag Brodnitz. Nach Schluß der Diskussion wird die Sache nochmals der Baukommission überwiesen. Die Mehrausgabe bei Titel I., Pos. 2; Titel II. Nr. 3; Titel III. Nr. 4 und Titel V. des Theaters pro 1887/88 in Höhe von 1302,92 Mark wird nach dem Antrage des Referenten Stadtv. Lißner bewilligt. Ebenso wird die Mehrausgabe zur Beschaffung von Subsellien für die I., II. und III. Stadtschule, in Höhe von 203,90 Mark nach Befürwortung des Stadtv. Brodnitz, bewilligt. Stadtv. Kantorowicz bittet die Versammlung die Angelegenheit der Mehrausgaben bei der Abfuhrverwaltung für das Jahr 1888/89 zunächst der Finanzkommission zu überweisen, da die Mehrausgaben doch zu bedeutend wären. Die Versammlung ist damit einverstanden. Derselbe Referent bittet sodann die Bewilligung der Mehrausgabe von 120 Mark bei Titel I Nr. 5 für die Marstallverwaltung pro 1888/89 auszusprechen, was auch geschieht. Ferner wird nach dem Referate des Stadtv. Brodnitz die Bewilligung einer Mehrausgabe von 13 270,41 Mark bei der Verwaltung der Wasserwerke pro 1888/89 ausgesprochen. Ueber die Wahl eines Mitgliedes der Waisen-Deputation referirt Stadtv. Friedländer und schlägt den Kaufmann R. Michalski hierzu vor, der von der Versammlung gewählt wird. Ferner schlägt derselbe Referent zu Waisenräthen den Taubstummenlehrer Skarlinski und Kaufmann Lukas vor, welche gleichfalls gewählt werden. Endlich wird noch zur Wahl eines Mitgliedes des gewerblichen Schiedsgerichtes aus der Zahl der Arbeitgeber, an Stelle des Schlossermeisters Nachtigall geschritten und der Schlossermeister Dietzel gewählt.

Ueber die Bewilligung der Mittel zur Aufstellung von Wassermessern in 18 städtischen Grundstücken berichtet Stadtv. Brodnitz und führt aus, daß der Magistrat zur Herstellung von Wassermessern in 18 städtischen Grundstücken eine Summe von 2870 Mark verlange. Die Kommission sei auch für Bewilligung dieser Summe gewesen, er persönlich beantrage jedoch die Vertagung dieser Angelegenheit. Stadtbaurath Grüder bittet die geforderte Summe zu bewilligen, da ein kleiner Wassermesser zur Feuerlöschleitung nicht genügen würde; es sei vortheilhafter gleich einen großen anzulegen. Stadtv. Jäckel spricht sich gegen die Anlegung von Wassermessern aus. Stadtbaurath Grüder erklärt, daß das Wasserwerk bestrebt wäre überall Wassermesser einzuführen. Die Hausbesitzer seien auch sehr damit zufrieden, da sie dadurch nur das bezahlten, was sie auch wirklich verbraucht hätten. In Posen wären im Ganzen etwa 1200 Konsumenten. Der Magistrat habe Jahre lang nach dem Tarif bezahlt. Das Wasserquantum könne auch nur durch die Dampfmaschine festgestellt werden, welche das Wasser ins Hochreservoir förderte. Das Resultat habe aber mit den Wassermessern niemals übereingestimmt und habe man daher Rohrbrüche vermuthet. Einige hätten sich auch thatsächlich konstatiren lassen, aber nicht so viele, um eine solche Differenz vollständig zu klären. Es sei daher unbedingt nöthig, daß der Magistrat in seinen Gebäuden Wassermesser und zwar große, aufstellte. Stadtv. Brodnitz bittet nochmals um Vertagung. Stadtv. Lißner bittet nicht zu vertagen, sondern die geforderte Summe zu bewilligen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Finanzkommission angenommen. Es werden sodann noch einige persönliche Angelegenheiten (Berechnung der pensionsberechtigten Dienstzeit eines Beamten und Unterstützungen) berathen und wird dann die Sitzung gegen 8 Uhr geschlossen.

Lokales.

Posen, 12. September.

* **Schulspaziergang.** Am 11. d. M. unternahmen die oberen Klassen der Knotheschen höheren Mädchenschule unter Führung des Lehrer-Kollegiums einen Ausflug nach dem Eichwald, der trotz seines Herbstschmuckes und fallenden Laubes besonders bei dem günstigen Wetter noch einen recht erquickenden Aufenthalt bot. Die Rückfahrt erfolgte mit dem von Kreuzburg kommenden Abendzuge.

S. **Ueberfahren.** Durch übermäßig schnelles Fahren hat sich gestern wieder ein bedauerlicher Unglücksfall ereignet. Der 5jährige Sohn eines Eisenbahnbeamten aus Jersitz wollte gestern Nachmittag den Fahrdamm, Ecke Gr. Ritter- und Berlinerstraße, überschreiten, als ihm plötzlich in schnellster Gangart ein Fuhrwerk entgegen kam und ihn, ehe er ausweichen konnte, zu Boden schleuderte und überfuhr. Der Knabe trug so schwere Verletzungen am Kopfe davon, daß seine sofortige Ueberführung in die Diakonissenanstalt nöthig wurde. Nach dem Urtheil aller Augenzeugen soll allein den Kutscher die Schuld treffen.

S. **Aus dem Polizeiberichte.** Verhaftet wurden gestern ein Bettler, ein schon lange polizeilich verfolgter Arbeiter und ein Dienstmädchen, welches einem Fleischer in der Halbdorfstraße wiederholt Fleisch gestohlen hatte und gestern dabei ertappt wurde; verhaftet wurde ferner ein Arbeiter wegen Befreiung einer Gefangenen. — Beschlagnahmt wurde bei einem hiesigen Fleischer ein mit Trichinen behaftetes Schwein. — Sistirt wurde ein Drehorgelspieler, der ohne polizeiliche Genehmigung ein musikalisches Handwerk betrieb. — In Polizeigewahrsam mußte Abends vom Alten Markt aus, ein total betrunkener Mann gebracht werden. — Gefunden auf der Chaussee von Posen nach Gorczyn ein goldener Brillantring im Werthe von 300 M., ein Rohrstock mit weißem Beschlag und ein Glaceehandschuh. — Zugelaufen ein großer grauer Hund mit weißen Vorderfüßen.

Vermischtes.

† **Zwei mysteriöse Mordthaten.** In Jaroslau in Galizien sind während der Anwesenheit Kaiser Franz Josephs bei den Manövern zwei räthselhafte Attentate auf Offiziere begangen. Am 4. d. Mts. Abends zwischen 10 und 11 Uhr begab sich Artillerie-Rechnungs-Oberlieutenant Donat nach seiner außerhalb des Weichbildes der Stadt, auf dem Wege nach Radimno gelegenen Barackenwohnung. Fünfzig Schritt von derselben entfernt wurde er von Jemandem der ihm im nahm Graben aufgelauert hatte, überfallen und nach mehreren wuchtigen Schlägen gegen den Kopf zu Boden geworfen. Ein Unteroffizier lief auf die Hilferufe Donats herbei und sah, das der Attentäter den Offizier in den Graben zu werfen versuchte. Dann entfloh der Attentäter und Donat wurde ins Jaroslauer Militärhospital transportirt, wo er, ohne seine Besinnung wieder erlangt zu haben, verschied. — Eine Stunde später, um 12 Uhr, war in einer entgegengesetzten Richtung der Stadt Ulanen-Oberlieutenant Schubert in dienstlicher Sendung auf dem Wege zum Rittmeister Zwag, welcher ihn zusammen mit dem Lieutenant Baron Kubeck zur Vereinbarung der militärischen Dispositionen für den nächstfolgenden Tag erwartete. Einige Schritte vor der Wohnung des Rittmeisters führte ein Unbekannter plötzlich mit einem stumpfen Instrument einen Schlag gegen den Kopf Schuberts. Dieser stürzte zusammen und wurde bewußtlos. Durch das Erscheinen zweier Passanten wurde der Strolch genöthigt, die Flucht zu ergreifen. Mittlerweile erhob sich Lieutenant Schubert und schleppte sich bis zur Wohnung des Rittmeisters Zwag. Schubert lebt noch, doch ist sein Zustand nahezu hoffnungslos. Ueber die Motive zu diesen Anfällen und über die Personen der Thäter herrscht noch ziemliches Dunkel. Dieser Tage wurde von Bauern aus Cewkow ein desertirter Führer der Batteriedivision in Glemboka eingeliefert. Derselbe war in Folge einer Anzeige des Oberlieutenants Donat wegen Unterschleifs im Arrest internirt, von wo er in der Nacht, in welcher das Attentat erfolgte, ausbrach. Man vermuthet in ihm den Mörder Donats.

Handel und Verkehr.

** **Ausgeschriebene Submissionen.** Am 16. Septbr. Bromberg, Wasserbauinspektor Teubert, eiserner Ueberbau. Am 24. Septbr. Eisenbahn-Direktion, Bromberg, Oberbaumaterial.

Telegraphische Nachrichten.

Minden, 12. Septbr. Der Kaiser wohnte in kleiner Generalsuniform und Paletot morgens um 8 Uhr dem Korpsmanöver gegen markirten Feind, nordwestlich Minden, bei. In den Straßen hatten Schulen und Vereine Spalier gebildet. Unausgesetzte Hochrufe begrüßten den Kaiser. Das Wetter ist andauernd regnerisch.

Newyork, 12. September. Seit einigen Tagen wüthet an der atlantischen Nordküste ein furchtbarer Orkan. An der Küste von Newjersy sind viele Schiffe gescheitert, viele auf hoher See gesunken. Die Bark Atlanta aus Hamburg ist gestrandet; der entstandene Schaden ist groß. Von der Atlantic City aus ist der Eisenbahnverkehr an der Küste unterbrochen.

Börse zu Posen.

Posen, 12. September. [Amtlicher Börsenbericht.]

Spiritus. Gekündigt —,—. Kündigungspreis (50er) 55,10, (70er) 35,40. (Loko ohne Faß) (50er) 55,10, (70er) 35,40.

Posen, 12. September. [Börsenbericht.]

Spiritus still. (Loko ohne Faß) (50er) 55,10, (70er) 35,40.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 12. September. (Telegr. Agentur von Alb. Lichtenstein.)

	Not.	v. 11.		Not.	v. 11.
Weizen ruhig			**Spiritus** schwach		
pr. Sept.-Oktober	188 —	188 25	**unverst.** mit Abgabe		
„ Novbr.-Dezbr.	189 50	189 25	v. **50 M.** loco o. F.	56 80	56 60
„ April-Mai 1890	194 —	193 75	„ Septbr.-Oktober	54 50	54 40
Roggen ruhig			„ Novbr. Dezbr.	52 50	52 50
„ Sept.-Oktober	157 —	157 25	**unverst.** mit Abgabe		
„ Novbr.-Dezbr.	159 —	159 —	v **70 M.** loco o. F.	36 80	36 80
„ April-Mai 1890	162 —	162 25	„ Septbr.-Oktober	35 40	35 40
Rüböl schwach			„ September	36 40	36 50
pr. Novbr.-Dezbr.	65 —	65 —	„ Novbr.-Dezbr.	32 90	33 —
Hafer fester			„ April-Mai 1890	33 70	33 80
pr. Novbr.-Dezbr.	147 75	147 —			

Kündig. in **Roggen** 1100 Wspl. — Kündig. in **Spiritus** 90,000 Ltr.

	Not.	v. 11.		Not.	v. 11.
Deutsche 3½% Reichsa.	103 90	104 —	Russ. 4½% Bdkr. Pfdbr.	97 60	97 40
Konsolidirte 4% Anl.	106 80	106 70	Poln. 5% Pfandbr.	63 10	63 10
Pos. 4% Pfandbriefe	101 40	101 40	Poln. Liquid.-Pfdbr.	57 80	57 70
Pos. 3½% Pfandbr.	101 —	101 —	Ungar. 4% Goldrente	85 20	85 10
Pos. Rentenbriefe	105 10	105 40	Oestr. Kred.-Akt. (ultimo)	163 20	163 20
Oestr. Banknoten	171 75	171 90	Oestr.-Fr. Staatsb. (ultimo)	97 50	98 10
Oestr. Silberrente	72 50	72 30	Lombarden (ultimo)	50 80	51 10
Russ. Banknoten	212 65	211 90	**Fondstimmung**		
Russ. kons. Anl. 1871	— —	— —	schwach		

	Not.	v. 11.		Not.	v. 11.
Ostpr. Südb. E. S. A.	97 90	98 75	Pos. Provinz. B. A.	— —	— —
Mainz Ludwigsh. dto.	123 75	124 —	Landwirthschft. B. A.	— —	— —
Marienb. Mlawka dto	65 50	65 50	Pos. Spritfabr. B. A.	104 —	— —
Mekl. Franzb. Friedr.	164 50	164 40	Berl Handelsgesellsch	180 25	179 25
Warsch-Wien. E. S. A.	221 10	220 75	Deutsche B. Akt.	172 60	171 50
Galizier E. St. Akt.	83 30	— —	Diskonto Kommandit	233 90	234 —
Russ 4% kons Anl. 1880	91 80	91 75	Königs- u. Laurahütte	151 50	150 50
dto. 6% Goldrente	113 60	113 30	Dortm. St. Pr. La. A.	104 70	102 30
dto. zw. Orient. Anl.	64 70	64 60	Inowrazl. Steinsalz	52 10	52 10
dto. Präm.-Anl. 1866	161 40	161 90	Schwarzkopf	280 —	281 75
Italienische Rente	92 70	92 10	Bochumer	218 75	215 —
Rum. 6% Anl. 1880	106 20	106 40	Gruson	262 —	264 —

Nachbörse: Staatsbahn 97 50 Kredit 163 20 Diskonto-Kom. 233 20
Russische Noten 211 70 (ultimo)

Stettin, den 12. September. (Telegr. Agentur von Alb. Lichtenstein.)

	Not.	v. 11.		Not.	v. 11.
Weizen ruhig			**Spiritus** behauptet		
Sept.-Okt. a. Usan.	182 —	182 —	**unverst.** mit Abgabe		
Sept.-Okt. neue „	— —	— —	v. **50 M.** loco o. F.	55 80	56 —
Nov.-Dez. a. Usance	184 —	184 —	**unverst.** mit Abgabe		
Nov.-Dez. neue „	— —	— —	v **70 M.** loco o. F.	36 20	36 20
Roggen matt			pr. Septbr.-Oktbr.	35 20	35 20
Sept-Okt. a. Usan.	155 —	154 50	pr. Novbr.-Dezbr.	34 50	34 50
Sept.-Okt. neue „	— —	— —	**Rüböl** fest		
Nov.-Dez. a. Usance	156 —	156 50	pr. Novbr.-Dezbr.	68 —	67 50
Nov.-Dez. neue „	— —	— —	**Petroleum** ruhig	12 20	12 20

Petroleum loco versteuert Usance 1½ %.

Die während des Druckes dieses Blattes eintreffenden Depeschen werden im Morgenblatte wiederholt.

Wetterbericht vom 11. September, Morgens 8 Uhr.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nach d. Meeresniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Mullaghmore	762	still	bedeckt	14
Aberdeen	761	SSW 2	bedeckt	16
Christiansund	767	O 1	heiter	8
Kopenhagen	764	WNW 2	bedeckt	15
Stockholm	761	NNW 4	bedeckt	9
Haparanda	762	NO 4	bedeckt	5
Petersburg	750	S 2	bedeckt	13
Moskau	760	W 1	bedeckt	12
Cork, Queenst	763	S 4	Nebel	16
Cherbourg	767	S 3	heiter	17
Helder	767	SSW 1	Nebel	15
Sylt	765	W 2	Dunst	15
Hamburg	767	still	Nebel ¹)	15
Swinemünde	765	W 3	wolkig ²)	16
Neufahrwasser	762	W 3	bedeckt	16
Memel	—			
Paris	769	still	Dunst	12
Münster	765	S 1	Dunst	13
Karlsruhe	769	NO 1	wolkenlos	13
Wiesbaden	769	still	wolkenlos	12
München	771	SO 4	wolkenlos	10
Chemnitz	769	S 1	wolkenlos	14
Berlin	767	WNW 3	bedeckt	16
Wien	—			
Breslau	768	W 2	bedeckt	14
Ile d'Aix	768	ONO 3	wolkenlos	16
Nizza	767	ONO 2	heiter	19
Triest				

¹) Starker Thau. ²) Dunst.

Skala für die Windstärke.

1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 11. September Mittags 0,76 Meter.
„ „ 12. „ Morgens 0,72 „
„ „ 12. „ Mittags 0,72 „

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Comp. (A. Röstel) in Posen.